CDU Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft

Informationen der Fraktion 01 | 24 29. Februar 2024

Liebe Freunde der CDU,

die Zeit rennt, das erste Drittel von 2024 ist schon fast wieder Geschichte.

Hinter uns allen liegen spannende, arbeitsreiche Wochen. Wir haben zusammen mit Bündnis 90/ Grüne und FDP ein Kooperationspapier erarbeitet, um zukünftig zusammen noch mehr für Lübeck erreichen zu können.

Im Namen der gesamten Bürgerschaftsfraktion möchte ich mich für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken.

Wir wollen mit diesem Newsletter noch einmal einen Überblick über das Erreichte in der letzten Bürgerschaftssitzung geben.

Ihr

Fraktionsvorsitzender

BÜRGERSCHAFTSSITZUNG

Am 29. Februar 2024 fand die zweite Bürgerschafssitzung diesen Jahres statt. Und nachdem die erste im Januar sehr kurz war und sich auch die Tagesordnung der Zweiten sehr übersichtlich las, hatten sich die meisten Bürgerschaftsmitglieder auf eine kurze, unproblematische Sitzung eingestellt.

Nur soviel vorweg: Daraus wurde nichts.

Anwohnerparken

Dank eines interfraktionellen Antrags von CDU, Bündnis 90/ Grüne und FDP konnte der bisherige Alleingang der Verwaltung hinsichtlich des Parkens gestoppt werden.

Ergebnis: Das von der Politik geforderte Eckpunktepapier Parken wird Grundlage für die Entscheidungsfindung, wie man bestmögliche Lösungen für alle Betroffenen schafft.

Christopher Lötsch, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion: *„Das jetzt vorgelegte Eckpunktepapier ist ein Weg in die richtige Richtung, besser spät als nie.*

Wir hätten den geschädigten Anwohnern und uns allen jede Menge Ärger ersparen können, wären wir als Politik im Vorfeld in eine solch einschneidende Veränderung eingebunden gewesen. Nur so funktioniert meines Erachtens gelebte Demokratie.“

Das Thema Parkplatzsituation in den Quartieren und generell in Lübeck hatte sich in den letzten Monaten verschärft, nachdem vor allem die Quartiersanwohner plötzlich Knöllchen für Falschparken bekamen - für das bisher zum Teil seit jahrzehnten geduldete Parken am Straßenrand.

Die Debatte um Parkplätze wird auf jeden Fall weitergehen, denn die Neuaufteilung des Verkehrsraums zu Gunsten von Fußgängern und Radfahrenden fordert Opfer von den Autofahrern.

„Wir als CDU bleiben unserem Grundsatzprogramm treu.

Wir werden darauf achten, dass der Verkehrsraum zwar neu aufgeteilt wird, dass dabei aber keiner auf der Strecke bleibt.“

Senioreneinrichtungen (SIE)

Eine wilde Diskussion entbrannte beim Tagesordnungspunkt Senioreneinrichtungen (SIE).

Wir als CDU hatten zusammen mit Bündnis 90/ Grüne und FDP lediglich bemängelt, dass bei der bisherigen Planung von Senatorin Steinrücke eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus einem Guss fehlt.

In der Sitzung des Sozialausschusses am 20. Februar 2024 hatte die Verwaltung nach Beschluss der strategischen Neuausrichtung der SIE durch die Bürgerschaft im November 2022 einen aktuellen Planungsstand gegeben, sowie erste Entwürfe für drei Neubauten vorgestellt.

Diese Vorstellung kommentierte Michelle Akyurt, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion Lübeck, wie folgt: *„Die Lübecker CDU-Bürgerschaftsfraktion verfolgt das Ziel, dass ausreichend Pflegeplätze für alle pflegebedürftigen Personen in Lübeck zur Verfügung stehen. Hierzu gehören für uns auch Pflegeplätze in den städtischen Senioreneinrichtungen, um Bedarfe und Unterversorgungen abzudecken. Allerdings wird im Bericht von Senatorin Steinrücke die Weiterentwick-*

BÜRGERSCHAFTSSITZUNG 29. FEBRUAR 2024

lung im Vergleich zum Beschluss der strategischen Neuausrichtung (Beschluss der Bürgerschaft im November 2022) mit einer deutlichen Ausweitung von Plätzen geplant, nämlich mit fast einer Verdopplung (von 664 Plätze auf 1051 Plätze geplant für 2031).

Wie diese Zahl zustande kommt, ist im Sozialausschuss von der Senatorin nicht nachvollziehbar dargelegt worden.

Wieso brauchen wir im Jahr 2031 diese Plangröße an städtischen Pflegeplätzen, um Unterversorgungen abzudecken? Warum reichen die ursprünglich geplanten 664 Plätze nicht aus? Da ist die Vorlage sehr dünn. Das mit Insolvenzen zu begründen, reicht nicht aus. Klar können Anbieter ausfallen, aber es kommen dann in der Regel auch wieder neue Anbieter dazu.

Um die städtischen SIE zukunftssicher aufzustellen und wirtschaftlicher zu betreiben, unterstützen wir grundsätzlich Neubauten. Diese sind absolut nötig!

Die ersten Entwürfe für die drei Neubauten im Rahmen einer Machbarkeitsstudie gehen aus unserer Sicht in die richtige Richtung.

Auf Nachfragen, ob die geplanten Pflegeplätze wirtschaftlich betrieben werden können, von welcher Belegungszahl ausgegangen wird und ob eine Auslastung erreicht wird oder nicht, wurde geantwortet, das könne man zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen.“

Daraufhin gab es viele kontroverse Wortmeldungen, bei denen sich abzeichnete, dass es leider keine Einigung erzielt werden kann.

Ist es falsch nach einer Wirtschaftlichkeit, angedachten Belegungszahlen oder möglichen Auslasdtungen zu fragen – wir meinen NEIN.

Der Stadtpräsident greift ein

Stadtpräsident Henning Schumann appellierte an die Bürgerschaft, dass man bei all den Diskussionen, das warum man in diesem Gremium sitze, nicht vergessen solle.

Es gehe um die Sache, Lübeck liebens- und lebenswerter zu gestalten und nicht um einen Kampf zwischen Verwaltung und Bürgerschaft.

Dass man als Politik nicht mit allem einverstanden sei, was die Verwaltung umsetzt, sei völlig verständlich. Trotzdem solle das Ziel nicht sein, sich stundenlang darüber zu streiten, sondern sich auch mal in die Lage des Gegenübers zu versetzen und GEMEINSAM nach Lösungen zu suchen. Seine Ansprache erntete breite Zustimmung.

Buddenbrookhaus

Das Neue Buddenbrookhaus war in der Bürgerschaftssitzung am 29. Februar zum wiederholten Male ein Diskussions- und Streitthema.

Christopher Lötsch, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion:

„Wir als CDU stehen weiterhin 100-prozentig hinter dem Buddenbrookhaus.

Wir wissen um seine geschichtliche und literarische Bedeutung und unsere Verantwortung nachfolgenden Generationen gegenüber.

Wir sehen uns aber auch in der Pflicht, den Lübecker Bürgern gegenüber, dass nicht historische Denkmäler, wie ein Gewölbe aus dem Mittelalter, vernichtet werden.

Leider werden mögliche Lösungen zu schnell abgelehnt.“

Das Problem, das sich hier zeigt, ist, dass es mittlerweile schwer ist, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Die ersten Entscheidungen hinsichtlich des Umbaus sind von Mitgliedern der Bürgerschaft diskutiert und beschlossen worden, die heute zum Teil nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten sind.

Die Neugewählten steigen natürlich noch einmal neu ein und stellen manche alten Entscheidungen in Frage.

Wichtig ist, wir haben uns als Bürgerschaft vor und nach der kommunalwahl für den Erhalt des mittelalterlichen Gewölbes entschieden. Dies ist zu akzeptieren!

Es war Zeit, endlich Nein zu sagen und zwar endgültig.

NEIN – nicht immer erneut eine neue Variante vorlegen.

NEIN – den Willen der Bürgerschaft zu ignorieren.

NEIN – zur Zerstörung unseres Erbes, unserer historischen Identität.

NEIN – zum weiteren Zeitverzug.

Das JA, hinter dem wir als CDU hundertprozentig stehen, ist das JA zum Buddenbrookhaus mit Erhalt des historischen Kellergewölbes.